



FDP-NRW · Sternstraße 44 · 40479 Düsseldorf

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e. V.
Herrn Karl-Josef Vermöhlen
Geldener Str. 87

47665 Sonsbeck

Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Ralph Sterck
Hauptgeschäftsführer

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-0
Fax 0211. 49 70 9-50

sterck@fdp.de

www.fdp-lv-nrw.de

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG Düsseldorf
Kto. 6 120 026
BLZ 300 700 24

Düsseldorf, 20. April 2010

Sehr geehrter Herr Vermöhlen,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 18. März 2010 und antworten auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter e. V. wie folgt:

Milchmarkt

1. Einem Eingriff in den Markt stehen wir grundsätzlich sehr skeptisch gegenüber. Die jahrzehntelangen Eingriffe in den Milchmarkt haben die Lage der Milchbauern nur verschlimmert. Die Politik kann keine Preise bestimmen, diese müssen sich am Markt bilden. Die Landesregierung hat bei der Umsetzung des Health-Checks der besonderen Marktsituation der Milchbauern mit einer Erhöhung der Weidehaltungsprämie und weiteren Maßnahmen Rechnung getragen. Mit Liquiditätshilfen wurde den Landwirten in Nordrhein-Westfalen darüber hinaus Hilfe gewährt. Auch die Bundesregierung hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Hilfe für die Milchbauern bereits auf den Weg gebracht. Durch die Wirtschaftskrise wurden vor allem Exportmärkte, die in den Jahren davor den Milchpreis nach oben getrieben hatten, zerstört. Nun sehen wir eine langsame Erholung des Milchpreises. Wir müssen nun sehen, wie wir Märkte zurückgewinnen und neue Märkte erschließen können. Es ist alarmierend, wie der Absatzmarkt für Milch eingebrochen ist. Märkte zurückzugewinnen muss nun das Ziel der Landwirte und der Politik sein. Dies dürfte sehr schwer werden. Die Landesregierung versucht zum Beispiel durch ein Schulmilchprogramm schon junge Verbraucher an den Milchkonsum heranzuführen. Wir unterstützen die Landwirte darüber hinaus, sich zusammen zu organisieren, um ihre Marktmacht gegenüber den Molkereien und den großen Handelsketten zu verbessern. Das können die Landwirte aber auch ohne die Politik bereits jetzt tun. Die Landwirte müssen untereinander Solidarität üben und ihre Quoten, die sie immer noch haben, auch einhalten. Für eine Quote oder strengere Saldierungsregelungen gibt es weder auf europäischer Ebene oder nationaler Ebene eine Mehrheit. Wer den Erhalt der Milchquote verspricht, ist unseriös.

2. Für den Zeitraum von 2010 bis 2013 ist bereits das Programm "Ländliche Räume" in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht worden. Dieses umfasst eine Agrarinvestitionsförderung, Agrarumweltmaßnahmen sowie Weide- und Grünlandprämien. Insofern tut das Land bereits all das, was Sie in Ihren Fragen ansprechen. Wir werden diesen Weg unter den geltenden Bedingungen nach 2013 fortsetzen.

Mengensteuerung

Die Politik hat keine Instrumente mehr in der Hand, um steuernd eingreifen zu können. Wir können und wollen keine Preise politisch bestimmen. Eine Rückkehr zur Milchquote halten wir für grundlegend falsch. Wir sehen für diese Vorstellung weder in der EU noch in der Bundesrepublik eine politische Mehrheit; auch innerhalb der Landwirtschaft gibt es dafür keine Mehrheit. Zumal die Milchquote europaweit um 5 Prozent unterliefert wird und auch in Deutschland die Milchquote bislang nicht ausgeschöpft wird. Außerdem trägt die Milchquote dazu bei, dass landwirtschaftlichen Betrieben Liquidität entzogen wird, da sie Quoten ankaufen müssen.

Wie bereits oben beschrieben hätte dies ohnehin keinen Effekt, da die Quote in Deutschland bereits deutlich unterliefert wird. Eine nationale Verringerung des Milchangebots würde auch deshalb keine Wirkung erzielen, da die europäischen Nachbarn diese Produktionsausfälle auffangen würden und damit das Problem nicht gelöst werden könnte. Vielmehr gingen Marktanteile, vielleicht sogar auf Dauer, verloren.

Bündelung der Milcherzeuger

1. Wir sehen dazu in erster Linie nicht die Politik in der Pflicht. Wir unterstützen die Idee der Zusammenschlüsse, sehen aber keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Die Frage von Vertragslaufzeiten ist keine politische. Auch sollten die Landwirte mehr Einfluss auf die genossenschaftlichen, also von den Landwirten betriebenen Molkereien nehmen.
2. Die Frage, wie die Genossenschaftsverträge rechtlich ausgestaltet sind, unterliegt der Vertragsfreiheit und ist deshalb nicht zu bewerten. Eine Kündigung ist jedem Genossenschaftsmitglied möglich.

Reform der gemeinsamen Agrarpolitik

1. Wir halten es für richtig, dass auch die Landwirtschaft nach den Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet wird. Deshalb unterstützen wir den Kurs der EU. Das Entgegenstellen gegen den internationalen Trend der Globalisierung wird diese nicht aufhalten, sondern lediglich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft verhindern.
2. Interventionen und Exportbeihilfen können nur in besonderen Krisen ein vorübergehendes Instrument sein. Sie sind aus ethischen Gründen abzulehnen, da sie die Lebensgrundlage der Entwicklungsländer untergraben können.
3. Wir halten an dem Zwei-Säulen-Modell der gemeinsamen Agrarpolitik fest. Die Landwirtschaft und die Ländlichen Räume haben Anspruch auf

Verlässlichkeit. Daher brauchen wir nach 2013 eine starke erste Säule und eine ausreichend ausgestattete zweite Säule. Außerdem sollten stabile entkoppelte Direktzahlungen sowie die Beibehaltung eines Sicherheitsnetzes im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation auch in Zukunft erhalten bleiben. Die zweite Säule der GAP erfüllt in ihrer bisherigen Grundstruktur mit ihren Schwerpunkten die Anforderung einer Politik für den Ländlichen Raum. Diese sollte auch für die Zeit nach 2013 fortgeführt werden. Bei ihrer Weiterentwicklung entsprechend den zukünftigen Erfordernissen ist u. a. der Spielraum zur Maßnahmengestaltung auf regionaler Ebene zu vergrößern (Subsidiaritätsprinzip). Für die Finanzperiode nach 2013 ist unter Beibehaltung des Gesamtplafonds für beide Säulen von Beginn an eine eindeutige und verlässliche Finanzierungsgrundlage für die GAP zu schaffen. Eine jährliche Mittelumschichtung (Modulation) von den Direktzahlungen zur zweiten Säule wird abgelehnt. Die Vereinfachung der GAP muss für die nächste Finanzierungsperiode eine Schwerpunktaufgabe bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ralph Sterck
Hauptgeschäftsführer